

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

43. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau

Sitzungstermin: Mittwoch, 01.12.2010
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Neukölln, Wetzlar-Zimmer (Raum A 203), Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin

Anwesende:

Buhrmeister, Jürgen	SPD	
Meseberg, Horst	SPD	
Preuß, Marko	SPD	
Scharmberg, Peter	SPD	
Clemens, Conrad	CDU	
Eichholz, Werner	CDU	
Mahlo, Klaus-Peter	CDU	
Kupfer, Martin	Grüne	Vertretung für: Szczepanski, Bernd ab 18.15 Uhr
Lück, Andreas	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	Vertretung für: Schumacher, Dirk
Posselt, Christian	LINKE	
Haake, Detlef	SPD	
Hoffmann, Jürgen	CDU	
Zierner, Manfred	CDU	
Emde, Christa	Grüne	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Blesing, Thomas	BauDez
Voskamp, Wieland	Tief L
Simon, Cordula	BauDez 1
Genz, Bianka	QM L

Gäste:

Szczepanski, Bernd	BV/Grüne
Wolf, Stefan	Polizeiabschnitt 54
Cieplik, Elisabeth	Bürgerin Neuköllns
Hellebrandt, Peter	Bürger Neuköllns
Weber, Luzia	QM Reuterplatz

Abwesende:

Szczepanski, Bernd	Grüne	entschuldigt
Schumacher, Dirk	GRAUE	entschuldigt

Herr Scharmberg begrüßt die Ausschussmitglieder, Frau Genz (von der Koordination Quartiersmanagement) und Frau Weber (Quartiersmanagement Reuterplatz) sowie Frau Cieplik (Bürgerin) und die Mitarbeiter der Verwaltung und Gäste, stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 43. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau.

zu 1 Flächenhafte Verkehrsberuhigung im Reuterkiez Drucksache: 0507/XVIII

Herr Kupfer begründet, dass der Inhalt dieses Antrages über die vorliegende Verkehrsanalyse hinausgehe und bestimmte Maßnahmen wie Shared Space erwähnt werden, die in der Analyse nicht einbezogen wurden. Der originäre Antragsteller Herr Szczepanski bat Herrn Kupfer daher, den Antrag zurückzustellen.

Herr Eichholz und Herr Scharmberg sehen die Forderungen des Antrages mit der Analyse erfüllt, zumal der Antrag aus dem Jahr 2007 und die Analyse jetzt aus 2010 stammt.

Herr Bezirksstadtrat Blesing geht ausführlich auf die in der Analyse auf Seite 43 vorgeschlagenen Maßnahmen ein, die sich hier in Teilen in den folgenden Anträgen wiederfinden. Einige Maßnahmen, wie die Absenkung der Gehwege und die Einengung der Zufahrtsstraßen in den Kiez, können nur langfristig realisiert werden, da diese erhebliche Finanzmittel binden würden.

Auszug aus dem Bericht Seite 43

„DIE MASSNAHMEVORSCHLÄGE IN KÜRZE

1. Reuter-/Pflüger-/Friedelstraße

풀책 Mittelinseln am Eingang in die Friedelstraße, in Höhe der Sanderstraße und der Lenaustraße, ggf. in Verbindung mit Gehwegvorstreckungen

풀책 Tempo-30-Markierung auf der Fahrbahn am nördlichen und südlichen Gebieteingang

풀책 Wechsel der Straßenseite für Querparken/Längsparken an der Sanderstraße und an der Lenaustraße

풀책 Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) an der Reuterstraße

풀책 Beidseitiges Schrägparken zwischen Reuterplatz und Sonnenallee

풀책 Umbau der Einmündung in die Sonnenallee.

2. Hobrechtbrücke/Maybachufer/Friedelstraße

풀책 Fußgängerüberweg im Zuge des Maybachufers

풀책 Mittelinseln in den Einmündungen Hobrechtbrücke (s.o.), Bürknerstraße und Friedelstraße, ggf. in Verbindung mit Gehwegvorstreckungen

풀책 Alternativ: Prüfung auf Umbau als „Begegnungszone“

3. Südlicher Reuterplatz

풀책 Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) über die Reuterstraße (s.o.)

풀책 Gehwegvorstreckungen an der Weserstraße

풀책 Konzept für eine Umgestaltung mit Aufenthaltsqualität

4. Quartierseingänge

풀책 Programm für eine schrittweise Umgestaltung (Einengung, Materialwechsel)

5. Weserstraße

풀책 Asphaltierung im Westabschnitt, Radwegsanierung im Ostabschnitt

6. Pannierstraße

풀책 Tempo 30 nachts

7. Campus Rütli

풀책 Sichere Querungsmöglichkeiten am nördlichen und südlichen Campuszugang

8. Weichselplatz/ Lohmühlenbrücke

풀책 Tempo 10, Aufpflasterung zwischen den Spielplätzen

풀책 Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) an der Lohmühlenbrücke

9. Gehwegabsenkungen

풀책 Programm zur Herstellung noch fehlender Gehwegabsenkungen

Frau Genz und Frau Weber sind mit der vorliegenden Analyse sehr zufrieden, da auch die Wünsche und Bedürfnisse der Anwohner/-innen berücksichtigt wurden.

zu 2 Kreuzung vor der Hobrechtbrücke

Drucksache: 0808/XVIII

Herr Posselt rekapituliert, dass der Antrag unter der Wirkung des Verkehrskonzeptes südwestliches Rudow entstanden ist. Dort stand ein Mini-Kreisverkehr zur Debatte, wobei jetzt bekannt ist, dass dieser durch die VLB nicht bewilligt wird und im Reuterkiez auch die Anwohner diesen nicht wünschen. Die Analyse bezieht sich hier eher auf den Punkt der Sicherheit für Fußgänger. Herr Posselt regt an, ob Maßnahmen denkbar wären, die für die Kraftfahrer mehr Sicherheit in Bezug auf die Verkehrsführung geben.

Frau Cieplik spricht sich gegen den Kreisverkehr aus und empfiehlt eine Begradigung der Kreuzung und die Schaffung von Querungsmöglichkeiten. Im Ausschuss wird weiterhin die Frage geklärt, ob von Kreuzberg über die Brücke nach Neukölln kommend weiterhin Tempo 30 km/h gilt. Herr Wolf vom Abschnitt 54 bestätigt, dass weiterhin die Tempobeschränkung gilt.

Herr Bezirksstadtrat Blesing berichtet, dass von den Unfallzahlen der Bereich unauffällig ist. Der Bedarf der Querungssicherung wird ebenfalls gesehen, dabei werden die Erfordernisse der FGÜ-Regeln eingehalten.

Herr Posselt zieht den Antrag zurück.

**zu 3 Spielstraße Weichselstraße
Drucksache: 1599/XVIII**

Der Antrag ist selbsterklärend und bedarf nach den Erläuterungen zu den Maßnahmen nach der Analyse keiner weiteren Begründung. Es wird ggf. nicht direkt eine Spielstraße anordenbar sein, aber Tempo-10 km/h und flankierende Maßnahmen wie Bordsteinanpassungen und Aufpflasterungen sowie ein FGÜ über die Lohmühlenbrücke werden geprüft. Was konkret umgesetzt werden kann, wird noch ermittelt.

Dem Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen zugestimmt (Der Vertreter der Fraktion der FDP war nicht anwesend.).

**zu 4 Tempo-30-Zone verdeutlichen
Drucksache: 1600/XVIII**

Wie bereits unter dem TOP 2 beraten, wird auf der Neuköllner Seite nochmals die Geschwindigkeitsbeschränkung via Schilder und Fahrbahnmarkierung verdeutlicht.

Dem Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen zugestimmt (Der Vertreter der Fraktion der FDP war nicht anwesend.).

**zu 5 Querungshilfe vor dem Campus Rütli
Drucksache: 1601/XVIII**

Auch hier hat die Analyse bestimmte Vorschläge vorgelegt, damit sich die Situation in der Weserstraße für die Fußgänger verbessert.

Dem Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen zugestimmt (Der Vertreter der Fraktion der FDP war nicht anwesend.).

**zu 6 Querparken in der Reuterstraße
Drucksache: 1602/XVIII**

Hier wird auch die Einschätzung der Analyse geteilt, dass durch die breite Fahrbahn im Abschnitt zwischen Sonnenallee und Weserstraße Geschwindigkeitsübertretungen gefördert werden. Hier kann der Querschnitt der Fahrbahn durch die Anordnung von Querparken auf 5,50 m zum Befahren verringert werden; jedoch werden aus Sicherheitsgründen die ersten Meter aus der Sonnen-allee kommend in regulärer Weise geparkt werden müssen.

Dem Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen zugestimmt (Der Vertreter der Fraktion der FDP war nicht anwesend.).

**zu 7 Fahrradstreifen auf der Sonnenallee
Drucksache: 1636/XVIII**

Herr Preuß begründet für die beiden antragstellenden Fraktionen, dass es für den Fahrradverkehr von Norden nach Süden in den Bezirk keine Alternative zur Sonnenallee gibt. Der

Fahrradweg auf der Weserstraße ist nicht akzeptabel und die Donaustraße ist auch keine wahre Alternative, daher wird um Einrichtung des Radfahrstreifens in der Sonnenallee gebeten.

Herr Bezirksstadtrat Blesing erklärt, dass durch die Anordnung eines Radfahrstreifens auf Grund des begrenzten Querschnittes eine Fahrspur wegfallen würde. Die Sonnenallee weist eine Belastung von immer noch 26.000 bis 32.000 Fahrzeugen in 24 Stunden auf und ist im SteP Verkehr 2015 als übergeordnete Hauptstraße der Kategorie II geführt. Die Karl-Marx-Straße hatte zum Schluss nur noch eine Belastung von 23.000 Fahrzeugen pro 24 Stunden und wurde auf die Kategorie III zurückgestuft. In der Planung zum SteP ist auch die Ausdehnung der 30 km/h in weiten Teilen der Innenstadt geplant. Geplant ist eine Sanierung des Fahrradweges in der Weserstraße und Verbesserungen in der Donaustraße. Die Finanzierung dieser Maßnahmen wären auch durch die erwartenden Sanierungsgebiete finanziert. Es sei außerdem noch der Hinweis gestattet, dass das Zweite-Spur-Parken nicht verhindert werden kann. Zudem sieht die Ausführungsvorschrift zur Anlage von Stadtstraßen vor, dass ein Radfahrstreifen nur in Straßen mit einer Belastung von weniger als 1.000 LKW und Bussen in 24 Stunden angeordnet werden darf.

Herr Clemens und Herr Posselt sehen diesen eingebrachten Vorschlag bzw. deren praktische Umsetzung und Auswirkung auf andere Bereiche kritisch. Die Verkehrsströme lassen eine Verringerung der Kapazität der Sonnenallee derzeit nicht zu. Derartige Gedankengänge müssten genau eruiert werden, um zu wissen, wohin der Verkehr unter Umständen verdrängt wird.

Die antragstellenden Fraktionen stellen den Antrag zurück.

zu 8 Terminplanung 2011

5. Januar, 2. Februar, 2. März, 6. April, 4. Mai, 1. Juni, 7. September 2011

Die Termine 02.03. und 07.09.2011 werden mit einem Fragezeichen versehen, da zeitnah über deren Erforderlichkeit entschieden werden soll. Die letzte BVV ist am 22.06.2011.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bezirksstadtrat Blesing informiert über:

Baumaßnahmen:

- Die bestehenden Straßenbaumaßnahmen dauern witterungsbedingt länger als geplant. Misslich ist dabei, dass der Auftrag für die Hermannstraße beispielsweise bereits im September erteilt wurde und bis Mitte November auf die Umprogrammierung der LZA/Baustellenampel Flughafenstraße Ecke Mainzer Straße durch die VLB gewartet werden musste.
- Die Maßnahmen Erkstraße und Weserstraße aus dem K-II-Förderprogramm werden nächstes Jahr begonnen; die Mittel sind übertragbar. Die K-II-Maßnahmen in der Mahlower und Selchower Straße sowie in der Fontanestraße sind fertiggestellt und abgenommen.
- Alt-Rudow ist planmäßig am 26.11.2010 fertiggestellt und offiziell eröffnet worden.
- Die Baumaßnahme südl. Karl-Marx-Straße verzögert sich in Teilen bis zu drei Monaten, da die Fernwärme erheblich mehr Arbeiten tätigt, als sie angekündigt hatte. Mehrkosten der Straßenbaufirma aus der Bauzeitverzögerung muss das Tiefbauamt gesondert gegenüber dem Fernheizwerk geltend machen.

Sonstiges:

- Die aus Gummiborden bestehende Umrandung der Mittelinsel am neuen FGÜ Mohriner Allee wird ständig „zerfahren“. Es wird daher ein Betonbord mit reflektierenden Punkten ersatzweise eingebaut.

Technische Sondernutzung von Gehwegen/Fahrbahnen

- Es gibt eine Veränderung bei der pauschalen Jahresgenehmigung für die straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigungen nach StVO. Danach werden ab sofort für Containeraufstellungen und Umzüge pro einzelner Maßnahme Gebühren zwischen 11,50 bis 30 € fällig. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen für Neukölln werden auf rund 120.000 € geschätzt.

Nach dem alten Verfahren mussten die Firmen bislang für ein Jahr zu Beginn eine Pauschale von 200 € zahlen. Danach erfolgte eine sogenannte Konkretisierung und ein Abgleich mit allen Stellen tagesaktuell. Für diese Einzelanordnungen hatten die Straßenverkehrsbehörden bislang keine Gebühren verlangt. Dieses „alte Verfahren“ hatte der Rechnungshof bemängelt,

sodass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die bezirklichen Straßenverkehrsbehörden per Rundschreiben zum o. g. Verfahren angewiesen hat. Mit „Schwarzaufstellern“ ist allerdings bei dem neuen Verfahren auch zu rechnen. Es ergibt sich ein Personalbedarf für die Abwicklung und Kontrolle, der aus den Mehreinnahmen finanziert werden könnte.

- Auf Grund einer stark angespannten Personalsituation bei der SVB und bei der allgemeinen Schadensmeldung per Telefon bittet das Tiefbauamt um Verständnis über die eingeschränkte Erreichbarkeit.
- Erste Recherchen bei der BVG haben zum Takt der Buslinie 171 ergeben, dass der BVG insgesamt 40 Busse fehlen. Daher werden auch zu Stoßzeiten wie beim Schulbeginn und -ende keine Einsatzwagen für Verstärkerfahrten zur Verfügung gestellt, die den 20-Minuten-Takt auf 10-Min verkürzen. Die BVG arbeitet auf Hochtouren, diesen Versorgungsengpaß für Berlin zu beheben.

zu 10 Verschiedenes

Herr Scharmberg weist darauf hin, dass sich die Besprechung zur Thematik „Aufhebung der Einbahnstraßenregelung in der Schönfelder Straße“ verzögert, da die Hans-Grade-Allee nicht bereits am 25.11.2010 freigegeben werden konnte. Eine Fertigstellung kommt erst bei Wetterbesserung in Betracht.

zu 11 Protokolle der 41. und 42. Sitzung

Das Protokoll der 41. Sitzung wird ohne Änderungswünsche angenommen.
Das Protokoll der 42. Sitzung ist noch nicht verteilt.

zu 12 Nächste Sitzung: 5. Januar 2011

Die nächste Sitzung findet am regulären Termin, dem 05.01.2011 statt.

Berlin-Neukölln, 4.1.2011

Peter S c h a r m b e r g
Vorsitzender des Ausschusses

Cordula Simon
Protokoll